

Der Warschauer Pakt: Ein Nachruf

Hans und Michael Rühle

Vor zwanzig Jahren, am 1. Juli 1991, löste sich der Warschauer Pakt auf. Den Beschluss hatten die Außen- und Verteidigungsminister der Mitgliedstaaten des sowjetisch dominierten Militärbündnisses bereits mehrere Monate zuvor gefasst. Zugleich hatten sie vereinbart, alle wichtigen Dokumente des Warschauer Pakts weiterhin geheim zu halten. Und dies aus gutem Grund. Denn was man inzwischen durch die Freigabe zahlloser Dokumente sowie durch Befragungen von Zeitzeugen über die militärischen Planungen des Warschauer Pakts weiß, lässt auch zwei Jahrzehnte später schauern: Nicht nur blieben die mittel- und osteuropäischen Bündnismitglieder ohne nennenswerten Einfluss auf die sowjetische Kriegsplanung; die Strategie, die der sowjetische Generalstab seinem Bündnis verordnete, war darüber hinaus bis zuletzt eine nur notdürftig als defensiv kaschierte Offensivstrategie, die sogar die Möglichkeit eines nuklearen Präventivschlags gegen die NATO einschloss.

Seit seiner Gründung 1955 war es die Strategie des östlichen Bündnisses, einen Krieg von Anfang an auf gegnerischem Territorium auszutragen. Voraussetzung für das Funktionieren dieser Strategie war eine frühzeitige Mobilisierung, die bereits bei ersten Erkenntnissen über Streitkräftekonzentrationen der NATO beginnen sollte. Zur erfolgreichen Umsetzung dieser präemptiven Strategie fehlten dem Warschauer Pakt jedoch starke konventionelle Streitkräfte, mit denen die Kriegsvorbereitungen des Gegners zeitlich unterlaufen werden konnten. Zwar verfügte die Sowjetunion über ein entsprechendes Potenzial; die von der Sowjetunion „befreiten“ osteuropäischen Staaten waren jedoch nur schwach bewaffnet.

Erst die Einführung von nuklearen Gefechtsfeldwaffen zu Beginn der 60er Jahre machte die präemptive Strategie militärisch schlüssig. Nukleare Gefechtsfeldwaffen galten von nun an als die moderne Artillerie, mit der man sich den Weg durch die feindlichen Kräfte freischießen würde - un-

beeindruckt vom ebenfalls nuklearen Feuer des Gegners, unbeeindruckt auch von der Tatsache, in radioaktiv verseuchtem Gelände kämpfen zu müssen. Diese Phase am Beginn der Neuformulierung der sowjetischen Militärstrategie hat der sowjetische General Larionov später „nukleare Romantik“ genannt. Und der polnische General Pioro, der an mehreren Übungen jener Zeit teilgenommen hatte, urteilte: „Es war wie im Märchen“. Doch für die Planer in Moskau war es bitterer Ernst. Wie die Kriegsplanung jener Jahre zeigt, war für Hamburg der Einsatz einer Wasserstoffbombe vorgesehen. Einige Verbündete der Sowjetunion vermuteten daher schon damals, dass die Planer in Moskau ein Großmanöver der NATO zum Anlass für einen präemptiven militärischen Schlag gegen den Westen nehmen würden - auch mit Nuklearwaffen. Die Großübung „Buria“ von 1961 spiegelt diesen Ansatz beispielhaft wider. Wie sich aus einem Sprechzettel des DDR-Verteidigungsministers Hoffmann ergibt, signalisierten konkrete Erkenntnisse der Aufklärung, dass der Westen den Krieg am 6. Oktober um 12.08 Uhr beginnen würde. Dies „beantwortete“ der Osten mit einem

präemptiven Nukleareinsatz bereits um 12.05 Uhr, d.h. drei Minuten früher. Dabei sollten 422 nukleare Gefechtsköpfe allein auf westdeutschem Territorium detonieren.

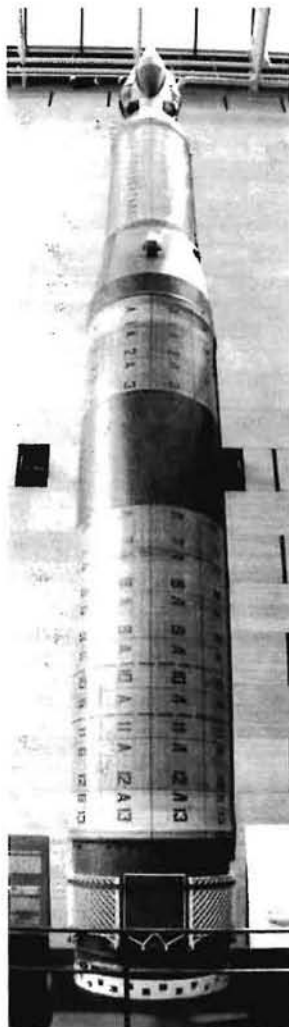
Doch auch dabei sollte es nicht bleiben. Bereits die inzwischen gut dokumentierte Planung von 1964 zeigt eindeutig den Übergang zum begrenzten präventiven Nuklearkrieg in Europa. Zwar deutet das Dokument die Möglichkeit eines westlichen Überraschungsangriffs unter Einsatz nuklearer Waffen an. Die Tatsache jedoch, dass in der konkreten Kriegsplanung davon nicht die Rede ist und auch keinerlei Folgewirkungen beschrieben werden, sagt alles. Einmal mehr zeichneten die sowjetischen Planer die westliche „Aggression“ als so hoffnungslos dilettantisch, dass sie grenznah gestoppt werden konnte und keinen Einfluss auf die weitere Kriegsführungsfähigkeit des Warschauer Pakts hatte. Nur so war eine Planung möglich, bei

der der Warschauer Pakt nach Abwehr eines Angriffs der NATO sofort zum nuklearen und konventionellen „Gegenangriff“ in Richtung Westeuropa übergehen konnte. Die Annahme eines westlichen Überraschungsangriffs war nie mehr als eine mühsame Fiktion. Tatsächlich geübt wurde die offensive Landkriegführung in Westeuropa.

All diese im historischen Rückblick bizarr anmutenden Pläne waren ausschließlich in Moskau erdacht worden - obwohl es die Soldaten der anderen Warschauer Pakt Staaten waren, die als Spitze der jeweiligen Stoßgruppen das größte Risiko eines Landkriegs in stark kontaminiertem Gelände zu tragen hatten. Und nicht nur dies. Da auch ein nuklearer Überraschungsangriff die vollständige nukleare Entwaffnung der NATO nicht garantieren konnte, musste mit atomaren Gegenschlägen der NATO auf das Gebiet der sowjetischen Satellitenstaaten gerechnet werden. Doch in nuklearen Fragen hatten Moskaus Verbündete kein Mitspracherecht. Ähnlich restriktiv handhabte die sowjetische Führung die Frage nach den kriegsauslösenden Faktoren und dem Ablauf des entsprechenden Entscheidungsprozesses. Die Verbündeten wurden ruhiggestellt, indem Moskau bei allen Übungen und Manövern eine bereits begonnene Aggression der NATO vorgab und sich die Frage der Kriegsauslösung damit von selbst erledigte.

Die Risiken eines Nuklearkrieges einkalkuliert

Natürlich waren sich die sowjetischen Planer der Risiken eines Nuklearkrieges bewusst. Seit Ende der 70er Jahre wurde in internen Papieren immer häufiger auf die gravierenden Folgen des in der sowjetischen Strategie vorgesehenen massiven Einsatzes von Nuklearwaffen hingewiesen. Entsprechend dieser Analyse unternahm der Versuch, die konventionelle Option zu forcieren. Aus einem Militärmanöver in der DDR und der Tschechoslowakei heraus sollten konventionelle Streitkräfte mit hoher Geschwindigkeit nach Westen vorstoßen. Gleichzeitig würden 2.000 Flugzeuge die nuklearen Stützpunkte der NATO angreifen und die Flugzeuge des westlichen Bündnisses am Boden halten. Zwei Millionen Soldaten waren für den Angriff von Nordnorwegen bis zur östlichen Türkei vorgesehen. Doch die entsprechenden Manöver des Warschauer Pakts waren eher sorgfältige politische Inszenierungen als Ausdruck einer neuen überzeugenden Militärstrategie. Zum einen würde es nicht gelingen, die zahl-



SS-20 Mittelstreckenrakete der sowjetischen Streitkräfte

Foto: ES-Archiv

reichen in Westeuropa stationierten Nuklearwaffen konventionell auszuschalten, wodurch das Risiko einer nuklearen Vergeltung durch die NATO bestehen blieb. Zudem hatte die NATO unter der Führung der USA inzwischen damit begonnen, neue Technologien einzuführen, die eine große konventionelle Offensive des Warschauer Pakts erschwerten: neue Panzerabwehrwaffen, weitreichende konventionelle Flugkörper und hochmoderne Aufklärungs- und Zielsuchsysteme sollten die zweite Angriffswelle des Warschauer Pakts so massiv schwächen, dass der Angriff frühzeitig zum Stehen kommen würde. Zwar setzte die NATO am Ende nicht alle Konzepte in die Praxis um, doch den sowjetischen Militärplanern wurde immer deutlicher, dass ihre Optionen schwinden. Eine rein konventionelle Option würde es für den Warschauer Pakt nicht geben. Auch der Versuch der Sowjetunion, durch die Einführung einer neuen Generation nuklearer Mittelstreckenwaffen eine regionale „eurostrategische“ nukleare Überlegenheit anzustreben und damit den transatlantischen Abschreckungsverband auszuhebeln, schlug fehl. Die westliche Reaktion, als Antwort auf die sowjetischen SS-20 neue amerikanische Raketen und Marschflugkörper in Europa zu stationieren, beschwor zwar die wohl tiefste Krise in der Geschichte der NATO herauf. Doch die Entscheidung des Westens erwies sich als Erfolg. Unter dem Druck konkreter westlicher Aufrüstungsmaßnahmen war die Sowjetunion schließlich bereit, über ihr Mittelstreckenpotenzial zu verhandeln. Die Hochrüstungspolitik der Sowjetunion in den siebziger und frühen achtziger Jahren scheiterte aber nicht nur konzeptionell, sie hatte auch katastrophale Folgen für die sowjetischen Staatsfinanzen. Dies blieb im Westen nicht verborgen. In den USA begann die Regierung Reagan die internen Analysen über einen bevorstehenden wirtschaftlichen Kollaps der Sowjetunion und einiger ihrer Verbündeten ernst zu nehmen und entwickelte auf dieser Basis eine Strategie zur friedlichen Liquidierung der Sowjetunion und ihres Paktsystems. Ihren spektakulärsten Ausdruck fand diese Politik in der Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI), die den Aufbau eines weltraumgestützten Raketenabwehrsystems zum Ziel hatte. SDI war nicht nur ein revolutionäres strategisches Konzept, sondern bedeutete zugleich die Herausforderung der Sowjetunion, mit den USA in einen extrem kostspieligen Rüstungswettbewerb im Weltraum einzutreten. Dass die Sowjetunion dies erkannte, ergibt sich aus den internen Reaktionen, die inzwischen bekannt geworden sind. Auf die „technologische Mobilmachung“ der USA hatte die marode Sowjetunion keine Antwort mehr. Im Bereich militärischer Hochtechnologie würde man die Konkurrenz mit dem Westen verlieren. Einem amerika-



Konferenz der Außenminister von NATO und Warschauer Pakt in Ottawa 1990 Foto: Bundesregierung

nischen Gesprächspartner gegenüber ließ Marschall Ogarkow erkennen, in welchem Dilemma die Sowjetunion steckte: „In Amerika spielen selbst Kinder mit einem Computer. Aus Gründen, die Sie gut kennen, können wir Computer in unserer Gesellschaft nicht beliebig verfügbar machen. Bei modernen Waffen werden wir Euch nie einholen können, solange wir nicht eine wirtschaftliche Revolution haben. Und die Frage ist, ob wir eine wirtschaftliche Revolution ohne eine politische Revolution haben können.“ Die Antwort auf Ogarkows Frage gab der neue Generalsekretär Michail Gorbatschow, der aus dieser Konstellation die richtigen Schlüsse zu ziehen bereit war. Gorbatschow gestattete den Staaten des Warschauer Pakts endlich das lange ersehnte Mitspracherecht und wies seine militärische Führung an, ihre halsbrecherische Offensivstrategie zu revidieren. Einzig die NVA arbeitete auf alter Grundlage weiter. Noch in der Übung „Stabstraining 1989“ plante sie die Verwüstung grenznaher Landstriche Schleswig-Holsteins durch den Einsatz von 76 nuklearen Sprengköpfen.

Weitere Details der sowjetischen Planung

Inzwischen sind weitere Details über die sowjetische Planung bekannt geworden. Um sicherzustellen, dass auch nach einem amerikanischen „Enthauptungsschlag“ gegen die politische und militärische Führung der Sowjetunion eine umfassende nukleare Vergeltung möglich sein würde, hatte man ein komplexes technisches System entwickelt, das den zeitgleichen Start aller sowjetischen Interkontinentalraketen auslösen konnte. Sensoren sollten seismische Erschütterungen, radioaktive Strahlung und andere Indikatoren für einen Nuklearangriff auswerten und einer Kommandozentrale übermitteln, in der einige wenige Offiziere den Startbefehl für das sowjetische Arsenal gegeben hätten. Die Existenz dieses Systems, das den Namen

„Tote Hand“ trug, galt lange Zeit nur als Gerücht. Zu aberwitzig erschien der Gedanke, das Schicksal der Welt einem weitgehend automatisierten, fehleranfälligen System anzuvertrauen. Doch angesichts dessen, was man heute über die sowjetische Militärplanung im Kalten Krieg weiß, wirkt die „Tote Hand“ auf erschreckende Weise konsequent. Schließlich hatten die Planer in Moskau auch stets damit gerechnet, dass die Soldaten der ersten Angriffswelle des Warschauer Pakts bereits nach wenigen Tagen durch die radioaktive Strahlung der eigenen Nuklearwaffen sterben würden. Warum also sollte man dem amerikanischen Klassenfeind größere Überlebenschancen einräumen als den eigenen mittel- und osteuropäischen Verbündeten? Aus alledem wird deutlich, dass das Ende des Warschauer Pakts vor 20 Jahren mehr war als die Befreiung der Länder Mittel- und Osteuropas aus einer Zwangsgemeinschaft. Die Selbstauflösung des östlichen Militärbündnisses - die einzige freie Entscheidung, die alle Mitglieder des Warschauer Pakts jemals gemeinsam trafen - war auch das Ende einer militärischen Konzeption, deren Umsetzung die völlige Verwüstung Europas bedeutet hätte. Auch wenn die NATO aufgrund ihres demokratischen Charakters häufig den Eindruck der Zerstrittenheit bot, so blieb sie in der Konkurrenz um die endgültige politische Ordnung Europas am Ende Sieger. Denn trotz zahlreicher Kontroversen um ihre nukleare Abschreckungsstrategie hatten die westlichen Verbündeten an ihrer Überzeugung festgehalten, dass der Schlüssel zur Verhinderung eines neuerlichen Krieges in Europa vor allem in der Existenz nuklearer Waffen lag. Die Kriegsplanung des Warschauer Pakts belegt, dass diese Einschätzung richtig war.

Ministerialdirektor a. D. Dr. Hans Rühle war von 1982 bis 1988 Leiter des Planungsstabes im Verteidigungsministerium. Michael Rühle leitet das Referat Energiesicherheit im Internationalen Stab der NATO. Die Verfasser geben ausschließlich ihre persönliche Meinung wieder.